

## Niederschrift

Gremium	Sitzung - Juhi/032(V)/12			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
<b>Jugendhilfeausschuss</b>	Donnerstag, <b>10.05.2012</b>	Ratssaal "Otto von Guericke" Altes Rathaus, Alter Markt 6	16:00Uhr	19:45Uhr

### Tagesordnung:

#### Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Bestätigung der Tagesordnung
- 1.1 Genehmigung der Niederschrift vom 19.04.2012
- 2 Aktuelle Sprechstunde
- 3 Bericht aus dem Stadtrat
- 3.1 Bericht aus den Ausschüssen
- 3.2 Bericht aus dem Jugendforum und aus dem Stadtjugendring
- 4 Beschlussvorlagen
- 4.1 Gewährung einmaliger Beihilfen § 39 Abs. 3 SGB VIII bei Hilfen zur Erziehung §§ 33, 34, 35, 35a und 41 DS0354/11
- 4.2 Förderung von Einrichtungen und deren Maßnahmen gemäß §§ 11 - 16 SGB VIII für das Haushaltsjahr 2012 DS0120/12
- 5 Anträge
- 5.1 Anträge aus dem Unterausschuss Jugendhilfeplanung
- 5.2 Erweiterung Jahr der Jugend A0029/12
- 5.2.1 Erweiterung Jahr der Jugend S0094/12
- 5.3 Analyse der Kitapazitätsplanung 2002-2012 A0023/12
- 5.3.1 Analyse der Kitapazitätsplanung 2002-2012 A0023/12/1
- 5.3.2 Analyse der Kitapazitätsplanung 2002-2012 S0106/12
- 5.4 Beteiligung am KECK-Projekt A0028/12
- 5.4.1 Beteiligung am KECK-Projekt S0103/12
- 5.5 Amortisation von FAG-Mindererträgen - KJH Weizengrund - A0024/12
- 5.5.1 Stellungnahme der Verwaltung zum A0024/12
- 5.6 Amortisation von FAG-Mindererträgen - Personal in KJH`s - A0025/12
- 5.6.1 Stellungnahme der Verwaltung zum A0025/12
- 5.7 Amortisation von FAG-Mindererträgen - Erlös aus KJH Werder - A0026/12
- 5.7.1 Stellungnahme der Verwaltung zum A0026/12
- 5.8 Amortisation von FAG-Mindererträgen - fiftyfifty - A0027/12
- 5.8.1 Stellungnahme der Verwaltung zum A0027/12
- 5.9 Antrag des Stadtjugendringes zur Anpassung der Personalkosten gemäß TVöD 2012
- 6 Informationen
- 6.1 Jahresbericht des Behindertenbeauftragten 2011 I0082/12

6.2	Statusbericht Kita-Software	I0091/12
6.3	Beteiligungsvoraussetzungen der Träger von Kindertagesstätten am Kita-Portal	I0065/12
6.4	Geschäftsbericht des Jugendamtes 2010	
7	Verschiedenes	

## Öffentliche Sitzung

### 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Bestätigung der Tagesordnung

---

- Herr Müller, als stellvertretender Vorsitzender, eröffnet und leitet heute die Jugendhilfeausschusssitzung, aufgrund der urlaubsbedingten Abwesenheit von Herrn Nordmann;
- er bittet um Verstärkung zur Sitzungsleitung, durch Herrn Ansorge im Präsidium, dem der Juhi einstimmig zustimmt;
- die Sitzung ist ordnungsgemäß einberufen und mit **13** anwesenden Mitgliedern beschlussfähig;

#### Absprachen zur Tagesordnung

- Herr Müller fragt nach Änderungen oder Ergänzungen zur heutigen TO;
- Herr Pischner fragt, ob TOP 6.1 - Jahresbericht des Behindertenbeauftragten 2011 vorgezogen werden kann, da er heute den Bericht auch noch im Ausschuss Stadtentwicklung, Bau und Verkehr vorstellen muss;
- der Juhi stimmt der Verschiebung des TOP`s zu;
- Herr Dr. Klaus beantragt die Aufnahme des TOP`s – DS0169/12 - Aufgabe der Nutzung der Liegenschaft Karl-Schmidt-Str. 11 für Angebote der Jugendhilfe –, die Drucksache liegt den Mitgliedern seit gestern vor;
- auf Herrn Giefers Anfrage, erläutert Herr Brüning die Dringlichkeit der Behandlung der Drucksache;
- Frau Biedermann beantragt und begründet die Behandlung der DS auf die nächste Sitzung zu verschieben;
- Herr Mainka beantragt die Aufnahme des Antrages des Stadtjugendringes zur Anpassung der Personalkosten gemäß TVöD 2012;
- Herr Müller stellt zur Abstimmung:
  - Aufnahme der DS0169/12 - Aufgabe der Nutzung der Liegenschaft Karl-Schmidt-Str. 11 für Angebote der Jugendhilfe wird mit dem **Abstimmergebnis 3/4/6** abgelehnt  
→ die Behandlung erfolgt in der nächsten Sitzung
  - Aufnahme des Antrages des Stadtjugendringes zur Anpassung der Personalkosten gemäß TVöD 2012 wird mit **dem Abstimmergebnis 13/0/0** als TOP 5.9 angenommen
- die erweiterte Tagesordnung wird mit dem **Abstimmergebnis 13/0/0** angenommen;

### 1.1. Genehmigung der Niederschrift vom 19.04.2012

---

- es liegen keine Änderungen zur Niederschrift vor;
- die Niederschrift vom 19.04.2012 wird mit dem **Abstimmergebnis 10/0/3** angenommen;

## 2. Aktuelle Sprechstunde

---

- Herr Müller eröffnet die aktuelle Sprechstunde;
- Herr Sven Thiele, Hochschule MD-SDL, meldet sich als Vertreter bezüglich des Antrages des Vereins KINDERbUNT e. V. auf Förderung des Projektes „Kinderstadt „ELBERADO“ im Jahr 2012 zu Wort;
- er teilt mit und begründet, dass der Verein bis spätestens 20.05.2012 einen Förderbescheid der LH Magdeburg oder eine verbindliche Aussage dazu benötigt, anderenfalls wird die Drittmittelfinanzierung anderer Geldgeber verloren gehen;
- Herr Dr. Klaus informiert, dass bereits der UA JHP am 07.05.2012 über den Sachstand zum Antrag informiert wurde und die Verwaltung vor der Bestätigung der Drucksache zur Einrichtungsförderung noch keine Zusagen über den Antrag geben kann;
- Herr Mainka bittet die Juhi-Mitglieder sowie den Oberbürgermeister um Unterstützung des Projektes, da das Projekt 2012 ein großer Erfolg war, der über die Landeshauptstadt hinaus ging;
- Herr Bache kommt zur Sitzung (14 Mitglieder)

## 3. Bericht aus dem Stadtrat

---

- Herr Müller informiert, dass in der letzten Stadtratssitzung keine kinder- und jugendrelevanten Anträge oder Drucksachen auf der TO standen;

### 3.1. Bericht aus den Ausschüssen

---

- Frau Kanter berichtet in Vertretung für Herrn Schwenke aus dem UA JHP;

### 3.2. Bericht aus dem Jugendforum und aus dem Stadtjugendring

---

- keine Berichterstattung;

## 6.1. Jahresbericht des Behindertenbeauftragten 2011

---

I0082/12

- TOP 6.1 - Jahresbericht des Behindertenbeauftragten 2011 wird vorgezogen;
- Herr Pischner stellt den Jahresbericht vor;
- der Jugendhilfeausschuss nimmt die I0082/12 - Jahresbericht des Behindertenbeauftragten 2011 – zur Kenntnis

4.	Beschlussvorlagen	
4.1.	Gewährung einmaliger Beihilfen § 39 Abs. 3 SGB VIII bei Hilfen zur Erziehung §§ 33, 34, 35, 35a und 41	DS0354/11

- Herr Hans meldet sein Mitwirkungsverbot an und zieht sich in den Zuschauerraum zurück;
- Herr Krüger bringt die DS0354/11 - Gewährung einmaliger Beihilfen § 39 Abs. 3 SGB VIII bei Hilfen zur Erziehung §§ 33, 34, 35, 35a und 41 – ein und erinnert, dass die DS bereits im Januar diesen Jahres dem Juhi vorgestellt und zurückgestellt wurde;
- er hatte die Aufgabe, einen Vergleich der alten und neuen Fassung der Richtlinie und diverse andere Zahlen vorzubereiten;
- er stellt anhand einer PPP, die den Juhi-Mitgliedern bereits vorliegt, Zahlenmaterial aus folgenden Schwerpunkten vor:
  - o Pflegekinder innerhalb der Landeshauptstadt Magdeburg:
  - o Altersstruktur der Pflegekinder in der Landeshauptstadt Magdeburg
  - o aktuelle Grund- (materielle Aufwendungen) und Erziehungsbeträge (Kosten der Erziehung) entsprechend der Kinder- und Jugendhilfe-Pflegeverordnung des Landes Sachsen-Anhalt vom 08.08.2007, die in der aktuellen Form gemäß der Verordnung vom 13.02.2012 übernommen und bis zum 28.02.2017 festgeschrieben wurden
  - o Ausgabenentwicklung in der Vollzeitpflege
  - o Beihilfen in 2010 und 2011
  - o Gegenüberstellung der derzeit geltenden Richtlinien zur Gewährung einmaliger Beihilfen und Zuschüsse im Rahmen von Hilfen gemäß §§ 33, 34, 35 a, 41 i. V. m. § 39 SGB VIII zur novellierten Fassung
  - o Gegenüberstellung der voraussichtlichen finanziellen Ausgaben für die Gewährung einmaliger Beihilfen und Zuschüsse im Rahmen von Hilfen gemäß §§ 33, 34, 35 a, 41 i. V. m. § 39 SGB VIII
- Herr Sprengkamp kommt zur Sitzung (15 Juhi-Mitglieder);
- Anfragen der Ausschussmitglieder:
  - o wurde die AG 78 einbezogen
  - o wie viele Fälle, Beitrag Fahrschule
  - o bisheriger Umgang mit Klassenfahrten/Taschengeld
  - o was tut MD, wie erfolgt Suche nach geeigneten Pflegeeltern
  - o Verselbständigungsbeihilfe nach § 34 KJHG und nach § 19 KJHG (gemeinsame Wohnformen für Mutter und Kind)
  - o warum nicht mehr als Aufnahme von zwei Pflegekindern
  - o Einzelfall/Härtefall
- Frau Dr. Dutschko verliest folgende Anfragen der AG 78 –Erziehungshilfen:
  1. Bei der Verselbständigungsbeihilfe nach § 34 KJHG wurde bisher in der Praxis die familiäre Situation einbezogen, d. h. waren Elternteile vorhanden, wurde teilweise einer Beihilfe nicht entsprochen oder nur verringert gewährt. Die jeweilige Situation der Sorgeberechtigten wurde dabei nicht berücksichtigt.
  2. Bei Klassenfahrten stimmen wir einer alternativen Finanzierungsform (z. B. Ansparen durch eigenes Taschengeld) **nicht** zu. Dies würde einer Stigmatisierung der Heimkinder gleichkommen.
  3. Wie wird perspektivisch bei der Verselbständigung nach § 19 KJHG (gemeinsame Wohnformen für Mütter und Kinder) umgegangen, da diesen nach aktueller Praxis keinerlei Verselbständigungsbeihilfe zusteht.

4. Es sollte überlegt werden, ob nicht die Beihilferichtlinie grundsätzlich um den § 19 KJHG erweitert werden kann, da nicht alle Betroffenen Anspruch auf Sozialleistungen besitzen, in Einzelfällen gibt es junge Mütter, die durch keinerlei Institutionen Förderung erhalten.
- Herrn Krüger beantwortet wie folgt:
    - o AG 78 wurde nicht einbezogen, da es sich um die Geschäfte der Verwaltung handelt
    - o die Thematik der Fahrschule wurde nicht aufgegriffen
    - o Klassenfahrten sind so geplant, dass analog der BUT-Entscheidungen, diese auch überwiegend komplett übernommen werden, Ausnahme Heimkinder, hier ist gemäß des Entgeltes die Verpflegung rauszurechnen. Das Ansparen des Taschengeldes bezieht sich nicht auf die Absicherung der Grundleistung, sondern auf die kulturellen- und zusätzlichen Ausgaben, da ein zusätzliches Taschengeld, analog Elternhaus, nicht zur Verfügung steht
    - o Verselbständigungbeihilfe kann nur anteilig erfolgen, bisher gute Erfahrungen mit den freien Trägern, die über Spenden/ Spendengelder hier auch unterstützend tätig sind. Dies gilt besonders für die Verselbständigung bei gemeinsamer Wohnform Mutter/Vater/Kind gemäß § 19 SGB VIII, da hier keine Möglichkeiten der finanziellen Unterstützung seitens des SGB VIII besteht
    - o die Aufnahme von max. zwei Kindern entspricht den Empfehlungen des Landes SA, ist auch unter dem Aspekt der vielfältigen Problematiken der Kinder zu sehen, wo die individuelle Hilfe im Hilfeplan festgeschrieben wird und es den Pflegefamilien nicht mehr ermöglichen, mehrere problematische Kinder zu begleiten, Thema der Einzelfallhilfen
  - Frau Kronfoths Anfrage, wie viele Kinder und Pflegeeltern es mit Behinderungen gibt, wird als Anlage zur Niederschrift weitergegeben;
  - Herr Förster bekräftigt, dass Pflegeeltern nicht Teil der AG 78 und eine Abstimmung innerhalb des deutschen Vereins, in dem öffentliche und freie Träger vertreten sind, gemacht wurde;
  - Herr Müller stellt die DS0354/11 - Gewährung einmaliger Beihilfen § 39 Abs. 3 SGB VIII bei Hilfen zur Erziehung §§ 33, 34, 35, 35a und 41 zur Abstimmung:

#### **Beschlussvorschlag:**

Der Jugendhilfeausschuss beschließt die als Anlagen 1 und 2 dieser Drucksache beigefügten Richtlinien des Jugendamtes zur Gewährung einmaliger Beihilfen gem. § 39 Abs. 3 SGB VIII bei Hilfen zur Erziehung nach §§ 27, 33, 34, 35, 35a und 41 SGB VIII (Hilfe zur Erziehung im Rahmen der Vollzeitpflege, der Heimerziehung, der intensiven sozialpädagogischen Einzelbetreuung, der Eingliederungshilfe für seelisch-behinderte Kinder und Jugendliche sowie der Hilfe für junge Volljährige) und setzt damit gleichzeitig die entsprechenden Richtlinien aus dem Jahr 1997 außer Kraft.

**Beschlusnummer Juhi261- 032(V)12  
Abstimmergebnis 5/0/9**

4.2. Förderung von Einrichtungen und deren Maßnahmen gemäß §§ DS0120/12  
11 - 16 SGB VIII für das Haushaltsjahr 2012

---

- zur DS0120/12 - Förderung von Einrichtungen und deren Maßnahmen gemäß §§ 11 - 16 SGB VIII für das Haushaltsjahr 2012 liegen vor:
  - o ein Änderungsantrag von Frau Kanter
  - o Auszug aus der Niederschrift der UA-Sitzung vom 07.05.2012 zur o. g. Drucksache
  
- Herr Müller:
  - o klärt zuerst, dass die Abstimmung der Förderung/Finanzierung der Träger/Einrichtungen/Projekte einzeln (punktweise) vollzogen werden soll
  - o informiert, dass die Drucksache bereits im UA JHP am 07.05.2012 besprochen wurde und aus der Niederschrift der Sitzung zu erkennen ist, dass die Drucksache mehrheitlich empfohlen wurde
  - o fragt die Verwaltung, ob sie die Drucksache einbringen will
  
- Herr Dr. Klaus hält die erneute Einbringung für nicht notwendig, da Drucksache und Verfahren bereits bekannt sind;
  
- Frau Kanter
  - o stellt ihren Änderungsantrag vor
  - o weist ausdrücklich darauf hin, dass heute keine 2,3% -ige Kürzung beschlossen werden soll
  - o eine Kürzung wird grundsätzlich nicht abgelehnt, aber eine „Rasenmäherkürzung“
  - o begründet erneut, dass Lösungen gefunden werden können, da individuelle Kürzungen möglich sind, indem mit jedem einzelnen Träger Gespräche durchgeführt werden
  - o zahlreiche Mitarbeiter in der Verwaltung kennen die Einrichtungen bereits lange
  - o Einrichtungen arbeiten teilweise an ihrem Limit
  - o die Träger haben mit der vorliegende Drucksache keine Spielräume
  
- Herr Hans meldet sich zu Wort, in dem er dem Juhi mitteilt, dass die Drucksache und der Änderungsantrag durch ihn abgelehnt werden, da er auch im Stadtrat die Kürzungen abgelehnt hat, er den Änderungsantrag für eine bessere Variante hält;
  
- Herr Mainka
  - o informiert, dass die Träger jährlich mit ihren Eigenleistungen den Haushalt der Stadt entlasten
  - o weist darauf hin, dass das Controllingverfahren, dessen Auswertung bis heute nicht vorliegt, ein gutes Instrument wäre, um Einsparpotentiale zu sehen
  - o macht deutlich, dass es sich bei der Aktion im Stadtrat neulich nicht um einen Aufstand handelte, sondern um eine Information an den Stadtrat
  - o hebt ebenfalls hervor, dass es keine 2,3% -ige Kürzung geben soll, da die Träger somit keine Spielräume haben
  - o berichtet, dass Herr Nordmanns Aussage im Unterausschuss JHP, dass die Träger keine konstruktiven Vorschläge machen, falsch war – ein konstruktiver Vorschlag ist zum Beispiel die Einsparung einer Personalstelle in einer kommunalen Einrichtung
  
- Frau Tietze unterstützt ausdrücklich Frau Kanters Änderungsantrag, bezeichnet diesen als Hilferuf der freien Träger und fragt sich, wie es sein kann, dass der Jugendhilfeausschuss diesen nicht hört;

- Herr Dr. Klaus
  - o macht noch einmal darauf aufmerksam, dass die Diskussion um notwendige Einsparungen bis Dezember 2011 zurückreicht
  - o die Verwaltung einen klaren Auftrag bekommen hat, im Rahmen der Amortisation von FAG-Mindererträgen den zu kürzenden Betrag in Höhe von 550.000 EUR vorzunehmen und die 550.000 € nicht mehr vorhanden sind
  - o es gibt im Zuwendungsrecht keinen Anspruch auf Finanzierung,; die Jährlichkeit, der Förderungsvorbehalt sind Bestandteil jeden Zuwendungsbescheides
  - o durch Prioritätensetzung auf Projekt- und Maßnahmeförderung konnte die Einrichtungsförderung die prozentuale Kürzung mit 2,33 % relativ gering gehalten werden
  - o im Trägerschreiben –Einsparungsbedarfe in der Jugendarbeit 2012- wurden die Träger aufgefordert, andere Vorschläge zur Einsparung zu machen, wovon nur ein Träger Gebrauch gemacht hat
  - o jede weitere zeitliche Verzögerung die Steuerungs- und Sparmöglichkeiten der Träger einschränkt
  - o Einzelgespräche sind nicht zu leisten, da dazu weder Personal- noch Zeitressourcen vorhanden sind, jeder Monat wird schwieriger
  - o kann sich nicht vorstellen, dass durch individuelle Trägergespräche auch mit der heutigen Einschätzung von Hr. Mainka Kürzungsvorschläge zwischen null und 4,6 % gemacht werden
  - o weist darauf hin, dass der gesicherte Zuwendungsbetrag in Frau Kanters Änderungsantrag weit unter dem der Drucksache liegt
- Herr Kracht weist ebenfalls noch einmal darauf hin, dass die zeitliche Verschiebung keine wirkliche Lösung bringt, da bisher keine konstruktiven Vorschläge durch die freien Träger gemacht wurden und er dahingehend keine großen Erwartungen hegt;
- es erfolgt eine ausgiebige Diskussion, Vorschläge, wie einrichtungs- bzw. kostenübergreifende Umverteilung bis hin zur Überlegung zur Schließung von Einrichtungen
- Herr Bache bringt folgenden Änderungsantrag ein, der abgestimmt werden soll, wenn dem Antrag von Frau Kanter nicht zugestimmt wird:
 

Auf der Grundlage des Beschlussvorschlages der Verwaltung zur Förderung von Einrichtungen und Projekten erhalten die Träger die Möglichkeit, Vorschläge über die Wichtung der Einsparung einrichtungs - und kostenstellenübergreifend zu unterbreiten. Die Vorschläge sollen bis zum 31.05.12 unterbreitet werden.
- Herr Müller fasst zusammen und beginnt mit der Abstimmung, indem er den Änderungsantrag von Frau Kanter zuerst zur Abstimmung stellt:
 

Der Jugendhilfeausschuss möge beschließen:

  - 1 . Als maximale Förderhöhe für die Einrichtungen im Jahr 2012 wird der Zuwendungsbetrag aus dem Jahr 2011 beschlossen insgesamt 2.429.546,08 EUR mit den gekennzeichneten Ausnahmen siehe Anlage (Nichtberücksichtigt ist dabei die Personalkostenentwicklung im Rahmen des Tarifabschluss TvöD).
  2. Der davon im Haushaltsjahr 2012 im Rahmen der Amortisation von FAG-Mindererträgen einzusparende Betrag in Höhe von 56.600,00 EUR (Vorlage der Verwaltung vom 19.03.2012, Variante B) soll nicht wie in der Drucksache



vorgeschlagen im Rahmen einer prozentualen „Rasenmäherkürzung“ vorgenommen werden.

3. Von der Verwaltung des Jugendamtes werden im Rahmen von Trägergesprächen individuelle Einsparbeträge bis zur erforderlichen Gesamthöhe ermittelt, die von den jeweiligen Trägern absprachegemäß erbracht werden.

4. Die Ergebnisse werden dem Jugendhilfeausschuss in seiner kommenden Sitzung vorgelegt.

**Beschlusnummer Juhi262- 032(V)12**  
**Abstimmergebnis 6/0/9**

- Herr Müller stellt fest, dass sich Herrn Baches Änderungsantrag erledigt hat;
- Herr Müller fragt, ob vor diesem Hintergrund die DS0120/12 - Förderung von Einrichtungen und deren Maßnahmen gemäß §§ 11 - 16 SGB VIII für das Haushaltsjahr 2012 so noch abgestimmt werden kann;
- Herr Dr. Klaus macht wiederholt darauf aufmerksam, dass der Zuwendungsbetrag im Änderungsantrag das Amortisationsziel nicht erreicht und die Verwaltung die Umsetzung des Änderungsantrages nicht zur nächsten Juhi-Sitzung schaffen wird; da die 550.000 € bereits nicht mehr im Jugendamtsbudget vorhanden sind, steht die Frage inwieweit der Juhi darüber beschließen kann
- Frau Tietze weist daraufhin, dass sich der Jugendhilfeausschuss im Moment im Abstimmungsprozess befindet;
- Herr Müller beantragt eine 5-minütige Auszeit;
- es erfolgt eine kurze Pause zur Klärung der weiteren Verfahrensweise:
- Herr Brüning
  - o zieht die DS0120/12 zurück
  - o teilt dem Juhi mit, dass er eine rechtliche Prüfung veranlassen wird
  - o ist der Meinung, dass die Träger Anspruch auf Zuwendungen mit einer zügigen Bearbeitung haben
  - o er kann nicht zulassen, dass sich diese durch den Änderungsantrag verzögert
  - o teilt mit, dass Frau Kanter mit den Trägern eine kreative, schnelle Lösung finden will
- Herr Müller beendet den TOP damit;

5. Anträge

5.1. Anträge aus dem Unterausschuss Jugendhilfeplanung

---

- es liegen keine Anträge aus dem Unterausschuss Jugendhilfeplanung vor;

- Herr Hans bringt den Antrag ein und begründet seinen Antrag wie folgt:
  - o das Jahr der Jugend hat eine Vielzahl von guten Projekten hervor gebracht, die das Leben in der Stadt bereichert und Magdeburg gerade für junge Menschen deutlich attraktiver gemacht haben
  - o eine Weiterführung dieser Projekte erscheint in diesem Zusammenhang durchaus sinnvoll
- Herr Dr. Dürre bringt die Stellungnahme der Verwaltung ein;
- er steht für Anfragen zur Verfügung;
  
- der Jugendhilfeausschuss nimmt die S0094/12 - Erweiterung Jahr der Jugend zur Kenntnis;
  
- Herr Müller stellt den Antrag A0029/12 - Erweiterung Jahr der Jugend – zur Abstimmung:

**Der Oberbürgermeister wird gebeten,**

1.) Die 4. Information zum Jahr der Jugend gemäß Beschluss-Nr. 603-25(V)10 des Stadtrates vom 14.10.2010 um den Punkt nicht realisierte Projekte zu erweitern.

2.) Eine Drucksache zu erarbeiten, die aufzeigt, wie die durch das „Jahr der Jugend“ initiierten und geförderten Projekte fortgeführt, gegebenenfalls weiterentwickelt und finanziell abgesichert werden können.

**Beschlusnummer Juhi263- 032(V)12  
Abstimmergebnis 15/0/0**

5.3.	Analyse der Kitakapazitätsplanung 2002-2012	A0023/12
5.3.1.	Analyse der Kitakapazitätsplanung 2002-2012	A0023/12/1
5.3.2.	Analyse der Kitakapazitätsplanung 2002-2012	S0106/12

- Herr Müller stellt den Änderungsantrag A0023/12/1 - Analyse der Kitakapazitätsplanung 2002-2012 – zur Abstimmung:

Der Stadtrat möge beschließen:

Der Antrag wird wie folgt geändert (Änderungen fett):

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, im Rahmen einer belastbaren Analyse der Kitakapazitätsplanung der letzten **3 Jahre** und der damit im Kontext stehenden Prognostik der Stabsstelle für Jugendhilfe-, Sozial- und Gesundheitsplanung der **letzten 3 Jahre** darzustellen, worin die Gründe für die aktuellen sowie prognostizierten Kitaplatz-Fehlbedarfe bestehen und welche Schlussfolgerungen für die Kita- und Hortkapazitätsplanung einschl. mittelfristiger Schulentwicklungsplanung sowie für die künftige Planung generell daraus gezogen werden.

Die Ergebnisse dieser Analyse sind im Juni in den Ausschüssen für Jugendhilfe, Familie und Gleichstellung, Bildung, Schule, Sport sowie Verwaltung vorzustellen.

**Beschlusnummer Juhi264- 032(V)12  
Abstimmergebnis 4/1/10**

- Herr Müller stellt den Antrag A0023/12 - Analyse der Kitakapazitätsplanung 2002-2012 – zur Abstimmung:

**Der Stadtrat möge beschließen:**

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, im Rahmen einer belastbaren Analyse der Kita-Kapazitätsplanung der letzten 10 Jahre und der damit im Kontext stehenden Prognostik der Stabsstelle für Jugendhilfe-, Sozial- und Gesundheitsplanung der letzten 10 Jahre darzustellen, worin die Gründe für die

aktuellen sowie prognostizierten Kitaplatz-Fehlbedarfe bestehen und welche Schlussfolgerungen für die Kita- und Hortkapazitätsplanung einschl. mittelfristiger Schulentwicklungsplanung sowie für die künftige Planung generell daraus gezogen werden.

Die Ergebnisse dieser Analyse sind im Juni in den Ausschüssen für Jugendhilfe, Familie und Gleichstellung, Bildung, Schule, Sport sowie Verwaltung vorzustellen.

**Beschlusnummer Juhi265- 032(V)12  
Abstimmergebnis 9/0/6**

- der Jugendhilfeausschuss nimmt die S0106/12 – Analyse der Kitakapazitätsplanung 2002-2012 - zur Kenntnis;

5.4.	Beteiligung am KECK-Projekt	A0028/12
5.4.1.	Beteiligung am KECK-Projekt	S0103/12

- Herr Hans bringt den Antrag ein und begründet diesen wie folgt:
  - o KECK (Kommunale Entwicklung – Chancen für Kinder) ist ein Instrument, das kleinräumig – auf einzelne Stadtgebiete oder Ortsteile bezogen – über die soziale Lage, die Bildung und Gesundheit von Kindern Auskunft gibt
  - o aussagefähige Indikatoren beschreiben, wie der kommunale Raum aussieht, in dem die Kinder leben, KECK verknüpft Informationen zu den Ausgangsbedingungen im Sozialraum mit Daten zur Entwicklung von 3,5- bis 6-jährigen Kindern
  - o die hieraus gewonnenen Erkenntnisse können eine wertvolle Grundlage für kommunale Entscheidungen sein, KECK bietet somit eine einfache handhabbare sowie kosten- und gebührenfreie Nutzung eines kleinräumigen integrierten Monitoringsystems
- Herr Krull verlässt die Juhi-Sitzung (14 Mitglieder);

- Herr Dr. Gottschalk bringt die Stellungnahme der Verwaltung ein;
  - o für Kommunen ohne kommunale Sozialberichterstattung ist das Angebot der Bereitstellung eines Programmzuganges zur Abbildung der sozialen Lage von Kindern über die KECK-Internet-Plattform der Bertelsmann Stiftung eine gute Möglichkeit
  - o die LH Magdeburg pflegt seit Jahren eine kleinräumige Sozialberichterstattung für alle Bevölkerungsgruppen mit eigenen und ausreichenden geografischen Informationssystemen (Plattformen), kommunal beständig verfügbaren Datenbeständen und ohne Abhängigkeit der Verwendung eigener Datenbestände gegenüber Dritten
  - o bei Nutzung der KECK-Plattform ergibt sich für die LH Magdeburg ein zusätzlicher, nicht einschätzbarer und aus der Sicht der Verwaltung nicht notwendiger Arbeitsaufwand.
  - o KOMPIK ist in die Befassung der freien Träger gestellt, da die LH Magdeburg keine Einrichtungen mehr betreibt; es werden schon unterschiedliche QM-Systeme bei Trägern genutzt, ein Einstieg wäre Trägerentscheidung
  
- Herr Hans informiert aus dem KRB-Ausschuss, in dem eine Ergänzung der Stellungnahme gefordert wurde;
  
- der Jugendhilfeausschuss nimmt die S0103/12 - Beteiligung am KECK-Projekt – zur Kenntnis und wünscht ergänzend vor einer Beschlussfassung zum Antrag A 0028/12 weitere Informationen zum personellen und finanziellen Arbeitsaufwand sowie zum Abgleich der verfügbaren kommunalen und der von KECK geforderten Daten;

**Beschlusnummer Juhi266- 032(V)12  
Abstimmergebnis 11/1/1**

- der Antrag wurde nicht beschlossen, sondern das weitere Vorgehen;

5.5.	Amortisation von FAG-Mindererträgen - KJH Weizengrund -	A0024/12
5.5.1.	Stellungnahme der Verwaltung zum A0024/12	

---

- im Antrag sollte geprüft werden, inwieweit die KJH Weizengrund geschlossen und die Räumlichkeiten als Kita genutzt werden können;
- Herr Dr. Klaus bringt die Stellungnahme der Verwaltung zum Antrag des Juhi ein;
  
- die Diskussion der Juhi-Mitglieder macht deutlich, dass der vorliegende Antrag mit der Stellungnahme der Verwaltung erledigt ist;
  
- Herr Hans stellt schließlich den Antrag, den Herr Müller zur Abstimmung stellt:

Der Antrag A0024/12 - Amortisation von FAG-Mindererträgen - KJH Weizengrund – ist mit der vorliegenden Stellungnahme erledigt.

**Beschlusnummer Juhi266- 032(V)12  
Abstimmergebnis 14/0/0**

5.6.	Amortisation von FAG-Mindererträgen - Personal in KJH's -	A0025/12
5.6.1.	Stellungnahme der Verwaltung zum A0025/12	

---

- im Antrag sollte geprüft werden, inwieweit eine Reduzierung von Personal in Kinder- und Jugendhäusern unter Berücksichtigung des im thematischen Unterausschuss zur Erstellung der Fachförderrichtlinie des Jugendamtes zur Gewährung von Zuwendungen an die freien Träger der Jugendhilfe im Leistungsbereich §§ 11-16 SGB VIII diskutierten Basisangebotes, erfolgen kann
- Herr Dr. Klaus bringt die Stellungnahme der Verwaltung zum Antrag des Juhi ein;
- die Diskussion der Juhi-Mitglieder macht deutlich, dass der vorliegende Antrag mit der Stellungnahme der Verwaltung erledigt ist;
- Herr Müller stellt schließlich zur Abstimmung:

Der Antrag A0025/12 - Amortisation von FAG-Mindererträgen - Personal in KJH's - ist mit der vorliegenden Stellungnahme erledigt.

**Beschlusnummer Juhi267- 032(V)12  
mehrheitlich zugestimmt**

5.7.	Amortisation von FAG-Mindererträgen - Erlös aus KJH Werder -	A0026/12
5.7.1.	Stellungnahme der Verwaltung zum A0026/12	

---

- im Antrag sollte geprüft werden, inwieweit der Erlös aus dem Verkauf der ehemaligen KJH Werder, abzüglich möglicher investiver Kosten für die KJH Altstadt, zur Konsolidierung der FAG Mindererträge im Amt 51 herangezogen werden kann;
- Herr Dr. Klaus bringt die Stellungnahme der Verwaltung zum Antrag des Juhi ein;
- die Diskussion der Juhi-Mitglieder macht deutlich, dass der vorliegende Antrag mit der Stellungnahme der Verwaltung nicht erledigt ist;
- entsprechend der vorgelegten Stellungnahme formuliert der Juhi folgenden neuen Antrag an den Stadtrat (A0058/12), der zur Abstimmung kommt:

**Der Stadtrat möge beschließen:**

Der Verkaufserlös aus der Veräußerung des KJH „Werder“ wird, abzüglich der investiven Kosten für die Neuinstallation des KJH Altstadt, dem konsumtiven Haushalt des Jugendamtes (Amt 51) in den Jahren 2012 und 2013 zusätzlich zugeordnet und steht der Entwicklung bedarfsgerechter Angebote in der Kinder- und Jugendarbeit zur Verfügung.

**Beschlusnummer Juhi268- 032(V)12  
Abstimmergebnis 13/0/1**

Der Antrag A0026/12 - Amortisation von FAG-Mindererträgen - Erlös aus KJH Werder – ist mit dem neuen Antrag an den Stadtrat erledigt.

**Beschlusnummer Juhi269- 032(V)12  
Abstimmergebnis 13/0/1**

5.8.	Amortisation von FAG-Mindererträgen - fiftyfifty -	A0027/12
5.8.1.	Stellungnahme der Verwaltung zum A0027/12	

---

- Herr Dr. Klaus bringt die Stellungnahme der Verwaltung zum Antrag des Juhi ein und informiert, dass ein Betrag von 20 TEUR für investive Maßnahmen zur Verfügung stehen;
- Herr Müller stellt den Antrag, dass der vorliegende Antrag mit der Stellungnahme der Verwaltung erledigt ist, zur Abstimmung:

Der Antrag A0027/12 - Amortisation von FAG-Mindererträgen – fiftyfifty - mit der vorliegenden Stellungnahme erledigt.

**Beschlusnummer Juhi270- 032(V)12**  
**Abstimmergebnis 8/0/6**

5.9.	Antrag des Stadtjugendringes zur Anpassung der Personalkosten gemäß TVöD 2012
------	---

---

- Herr Sprengkamp verlässt die Juhi-Sitzung (13 Juhi-Mitglieder);
- den Juhi-Mitgliedern liegt der Antrag des Stadtjugendringes für die Erhöhung der Personalkosten freier Trägern durch die Anerkennung der Personalkostenanpassung entsprechend Tarifabschluss 2012 vor;
- Herr Mainka bringt den Antrag ein und begründet diesen; eine schriftliche Stellungnahme der Verwaltung liegt allen Mitgliedern vor;
- es folgt eine Diskussion, in der zwar die Bedeutsamkeit klar, jedoch nicht ganz sicher ist, ob eine Personalkostenanpassung für 2012 noch möglich ist und in welcher Höhe diese sein wird;
- Herr Giefers stellt den GO-Antrag auf Zurückstellung des Antrages bis zur nächsten Juhi-Sitzung;
- Herr Müller stellt den GO-Antrag zur Abstimmung:

Der Antrag des Stadtjugendringes zur zusätzlichen Einstellung finanzieller Mittel im Haushalt für die Erhöhung der Personalkosten freier Trägern durch die Anerkennung der Personalkostenanpassung entsprechend Tarifabschluss 2012 für den öffentlichen Dienst wird qualifiziert und zur nächsten Juhi-Sitzung zurückgestellt.

**Beschlusnummer Juhi271- 032(V)12**  
**Abstimmergebnis 12/0/1**

6.	Informationen	
6.2.	Statusbericht Kita-Software	I0091/12

---

- I0091/12 - Statusbericht Kita-Software liegt allen Mitgliedern vor;
- Herr Dr. Klaus informiert, dass heute ein Gespräch mit der Kita-Gesellschaft zur Kita-Software stattgefunden hat. Die software selbst wurde vom Träger in ihrer Funktionalität ausdrücklich gelobt. Weitere Informationen und eine Mitschrift folgen.;

- die Thematik wird in der nächsten Juhi-Sitzung erneut und umfangreich (ca. 45 Minuten) behandelt
- der Jugendhilfeausschuss nimmt die Information zur Kenntnis;

#### 6.3.           Beteiligungsvoraussetzungen der Träger von Kindertagesstätten am Kita-Portal I0065/12

---

- die Information - Beteiligungsvoraussetzungen der Träger von Kindertagesstätten am Kita-Portal – liegt allen Juhi-Mitgliedern vor;
- Herr Dr. Klaus weist darauf hin, dass die Information insbesondere eine Zusammenfassung der gesetzlichen Lagen beinhaltet; Gerade die Neufassung des KiFöG bergündet nachdrücklich die umgehende Beteiligung aller Träger am Portal und im eigenen Interesse.
- der Jugendhilfeausschuss nimmt die I0065/12 zur Kenntnis;

#### 6.4.           Geschäftsbericht des Jugendamtes 2010

---

- der TOP wurde aus zeitlichen Gründen vertagt und wird in der nächsten Juhi-Sitzung erneut behandelt;

#### 7.               Verschiedenes

---

- auf Anfrage informiert Herr Dr. Klaus, dass die Eröffnung der KJH „Altstadt“ für Juni 2012 vorgesehen ist;
- Herr Müller informiert auf Nachfrage, dass der neue Spielplatz im Stadtpark voraussichtlich am 20.06.2012 freigegeben werden soll;
- Herr Müller erinnert an zwei bereits ältere Anfragen aus den UA JHP zum Kita-Personal-Tarif und zur Umsetzung der Geschwisterregelung in Kitas;
- Herr Dr. Klaus weist darauf hin, dass im Schulgesetz der § 8 Abs. 6 Hortangebot an Förderschulen per gesetzliche Neufassung entfallen soll;
- Herr Müller ist der Meinung, dass dem Stadtrat dies mitgeteilt werden muss;

*Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.*

*Oliver Müller  
stellvertretender Vorsitzender*

*Iris Kiuntke  
Schriftführerin*